



kontraRE - Newsletter des
Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus

Liebe Abonnentinnen und Abonnenten von kontraRe,

mit ihrer Versammlung am 1. Mai in Dorstfeld wollte die Dortmunder Nazi-Szene zeigen, dass sie wieder da ist. Hauptredner Thorsten Heise, ein Verbindungsmann der NPD zur Kameradschaftsszene, pöbelte wie in früheren Zeiten gegen die Gegendemonstrant:innen. Der Arbeitskreis hatte eine Mahnwache auf dem Wilhelmplatz organisiert – etwa 80 Menschen waren trotz knapper Vorlaufzeit dazu gekommen.

Erschreckend war, dass die Rechtsextremisten zu ihrem ersten Auftritt nach Monaten des Schweigens das alte antisemitische Hetzbanner aus dem Mottenschrank geholt haben: „Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude - der Feind ist und bleibt der Kapitalismus“. Sie haben es schon 2007 verwendet, wie Fotos belegen. Die Botschaft versteht jeder, strafbar ist sie in der Form aber (leider) nicht.

Es ist insgesamt ein Anstieg der antisemitischen Straftaten zu beobachten: auch Anlaufstellen für Betroffene schlagen Alarm. Dazu gehört „ADIRA“, eine neue Beratungsstelle für Anti-Diskriminierungsarbeit, eingerichtet von der Jüdischen Gemeinde Dortmund und gefördert vom Land NRW. Bedrückend und besorgniserregend sind die erneuten Anschläge auf Synagogen und Juden Hass - hervorgerufen durch die jüngsten blutigen Unruhen zwischen Israelis und Palästinensern.

Unter dem Motto „Demokratie stärken – Rechtspopulismus entgegentreten“ fand eine digitale Veranstaltungsreihe mit Beteiligung des Arbeitskreises großes Interesse. Die Berichte dazu lesen Sie in dieser Ausgabe. Ein Blick richtete sich darauf, dass Neonazis – teilweise zusammen mit „Querdenkern“ - auf die Straße ziehen. Da gilt es für alle Demokrat:innen, wachsam zu bleiben.

Mit besten Grüßen

Ihr Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

www.dortmund-rechts.de

NRW: Zahl rechter Gewalttaten weiter hoch

Die Zahl rechter Gewalttaten bleibt in NRW auf hohem Niveau. In Nordrhein-Westfalen sind im vergangenen Jahr fast genauso viele Menschen Opfer von rechtsextremer, rassistischer oder antisemitischer Gewalt geworden wie 2019. Die beiden Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt zählten 198 Gewalttaten, nur vier weniger als 2019, wie die Opferberatung Rheinland in Düsseldorf und die Beratungsstelle BackUp in Dortmund mitteilten.

Mehr dazu lesen Sie hier (Link zum Beitrag auf der website - <https://www.dortmund-rechts.de/2021/04/20/nrw-zahl-rechter-gewalttaten-weiter-hoch/>)

Demokratie stärken – Rechtspopulismus entgegentreten

Bei einer Vortragsreihe zum Thema „Demokratie stärken – Rechtspopulismus entgegentreten“ ging es in zwei Vorträgen mit anschließender Diskussion zum einen um die Querdenker als Mischszene am rechten Rand, zum anderen um den sogenannten Trumpismus und seine Folgen. Dazu eingeladen hatten der DGB Dortmund, die evangelische Kirche in Dortmund, der Arbeitskreis Christ*innen gegen Rechtsextremismus sowie der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus. Die Berichte dazu lesen Sie hier:

„Ver-Querdenker – neue Mischszene am rechten Rand?“

Vortrag deckt die Strömungen und Geldquellen der Querdenkerszene auf

Um Betrachtung und Analyse der sogenannten Querdenkerszene, die im Zuge der Corona-Krise entstanden ist, ging es bei der ersten Vortragsveranstaltung. Referent war der Theologe und Weltanschauungsexperte Dr. Harald Lamprecht aus der evangelischen Landeskirche in Sachsen.

Zu Beginn skizzierte der Friedrich Stiller, einer der Sprecher des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus, die aktuelle Lage in Dortmund. Dort waren doch gerade kurz zuvor die sogenannten Querdenker mit Aktionen aufgetreten, bei denen im Anschluss auch Schlagwaffen gefunden wurden. Sei die Reichweite auch gering, so Stiller, sehe man die Aktualität des Themas, zumal sich in anderen Städten zuvor auch schon mal mehrere tausend Menschen versammelt hätten.

Typologie der Teilnehmenden

Harald Lamprecht, Beauftragter für Weltanschauungsfragen sächsischer Landeskirche Sachsen und Publizist, entwickelte eine Typologie der Personengruppen, die sich an den bundesweiten Protestaktionen der „Querdenker“ beteiligten und definierte dabei fünf Typen.

Die Grundlage für Demonstrationen und Kritik bilden laut Lamprecht "Die Verärgerten". Sie seien angetrieben von der Unzufriedenheit über einschränkende Maßnahmen im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung, hielten die meisten Regeln für übertrieben und gingen zudem von ihrer Erfahrung aus, noch keine Ansteckungen in ihrem unmittelbaren Umfeld erlebt zu haben. Hinzu komme meist der Wunsch nach Eindeutigkeit und Klarheit, der bei aller Unzufriedenheit über einzelne Maßnahmen vorhanden sei.

Ihnen zugesellt habe sich sehr schnell die Gruppe der "Esoteriker". Hier handele es sich zumeist um ideologisch festgelegte Impfgegner, deren erklärtes Ziel es sei, einen vermeintlich drohenden Impfwang zu verhindern. Ein Großteil dieser Gruppe komme aus dem Umkreis anthroposophischer Kreise.

Eine weitere Gruppe des Querdenker-Umfelds, so Lamprecht, seien "die Fundamentalisten". Oft handele es sich um Vertreter*innen christlicher Gruppen. Sie witterten in den Pandemie-Verordnungen die Einschränkung ihrer Versammlungsfreiheit und der Ausübung ihrer religiösen Praktiken. Zudem gingen sie von einem Schutz allein durch ihren Glauben aus, der weitergehender Aktivitäten des Gesundheitsschutzes nicht bedürfe.

Vierte Gruppe in der Szene, so der Experte zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, seien "die Antikapitalisten". Diese eher linksorientierte Gruppierung interpretiere den Lockdown als Verschleierung des ohnehin im Zusammenbruch befindlichen Finanzkapitalismus. Gegenwärtige staatliche Maßnahmen dienten aus ihrer Sicht lediglich als Alibi zur Fremdbestimmung.

Und letztlich gehöre die große Gruppe der "rechten Trittbrettfahrer" dazu. Hier suchten rechte Gruppen, von Rechtspopulisten bis hin zu erklärten Neo-Nationalsozialisten den Schulterschluss. Sie nutzten mit der Bewegung alles, was die bestehende Ordnung destabilisiere. Ihr Ziel sei es, auf diese Weise mittelfristig eine neue Ordnung nach eigener Vorstellung – außerhalb des bestehenden demokratischen Rechtsstaats - zu etablieren.

Als Besonderheit beschrieb der Experte das Phänomen, dass hier Gruppierungen miteinander demonstrierten und sich annäherten, die sonst ideologisch sehr weit voneinander entfernt seien. „Hier laufen Leute miteinander, die sich sonst spinnefeind sind“, so Lamprecht.

AfD-Schwenk

Lamprecht verwies in diesem Zusammenhang auf die uneindeutige Haltung der rechtspopulistischen Szene rund um die AFD. Diese habe zunächst einen strikten Lockdown zur Pandemiebekämpfung gefordert und sei Monate später auf die Seite der Corona-Leugner umgeschwenkt.

Dass rechte Gruppen zunehmend Einfluss in der Querdenker-Szene gewinnen, lasse sich auch an der Färbung der Reden auf Demonstrationen und Versammlungen erkennen. Diese zeigten zunehmend ein demokratiefeindliches Niveau. Dennoch befinde man sich im Umgang mit der Bewegung in dem Dilemma, dass sich viele der Beteiligten nicht rechts außen verorteten. Lamprecht warnte in diesem Zusammenhang davor, die gesamte Szene von vornherein rechten Parteien und Gruppierungen zuzuschreiben, um diese nicht auf diese Weise aufzuwerten und zu stärken. Allen "Querdenkern" gemein sei allerdings die Utopie von einem Ende der Pandemie ohne entsprechende Maßnahmen und die Eigenschaft der Solidaritätsverweigerung.

Ein besonderes Augenmerk legte der Referent auf den Umgang mit Geld und die Rolle des Aktivisten Michael Ballweg. Jeder freiwillig gegebene Unterstützungsbetrag fließe auf dessen private Konten. Grund sei, dass die Querdenker-Bewegung keine verfasste Organisation darstelle. Wer Geld zur Unterstützung gebe, leiste eine private Schenkung. Und die unterstehe, anders als Spenden an gemeinnützige Organisationen, keiner Transparenzpflicht.

Deutliche Haltungen

Als problematisch beschrieb Harald Lamprecht zudem vielerorts die Rolle der Polizei. Wenn, wie immer häufiger der Fall, eine Versammlung von "Querdenkern" seitens der staatlichen Ordnungskräfte geschützt würde, obwohl sie im Vorfeld höchststrichlerlich verboten worden sei, und wenn die Polizei stattdessen lediglich gegen Gegendemonstranten vorgehe, dann grenze ein solches Verhalten an Staatsversagen und drohe, Grundlagen der Demokratie aufzuweichen.

Was also, so Lamprechts Frage am Schluss, sei zu tun, um den "Querdenkern" Einhalt zu gebieten? Es gelte, Verschwörungsmythen deutlich abzulehnen. Den Menschen aber müsse man Zuwendung gewähren und alles daransetzen, sie wieder für die Vernunft zurückzugewinnen. Eine Spaltung der Gesellschaft, wie sie gelegentlich beschrieben werde, sehe er indes nicht, so Lamprecht. Vielmehr gehe es wie häufig um Interessenskonflikte. Vielleicht aber brauche die Gesellschaft mehr aktives Konfliktmanagement.

Autor: Wolfram Scharenberg

Reality-Star und Volkstribun

Wie der „Trumpismus“ in den USA funktionieren konnte

Warum es Donald Trump gelingen konnte, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden, erstaunt immer noch viele politisch interessierte, liberal denkende Menschen in Deutschland. Der Historiker und Journalist Donal O’Sullivan, Professor am Department of History der California State University in Northridge/USA, zeigte die ansatzweise auf. Sein Vortrag über „Trumpismus“, seine Ursachen und auch mögliche Folgen für Europa war zweiter Teil der Veranstaltungsreihe „Demokratie stärken – Rechtspopulismus entgegentreten“.

Der Wissenschaftler, der in Köln aufwuchs und seit 20 Jahren in der Nähe von Los Angeles lebt und lehrt, ist profunder Kenner des europäischen wie des US-amerikanischen Politiksystems und -verständnisses. Er ging darauf ein, wie sich Trumps System aus Lügen und Hass auf den Rechtspopulismus in Deutschland und in Europa auswirkt.

Dass ein Kandidat wie Trump mit seiner Art zu kommunizieren, die häufig auf Fehlinformationen und auch gezielten Beleidigungen von Minderheiten und Gegnern beruhe, von Millionen Amerikaner*innen gewählt wurde, beschrieb O’Sullivan als Symptom von tiefergehenden Problemen der US-Gesellschaft. Es zeige eine tiefe Identitätskrise, sowohl auf Seiten der konservativen Partei, die einst gegen Sklaverei und für freiheitliche Werte angetreten sei, als auch in weiten Teilen der Bevölkerung.

Trump selbst habe den Wahlkampf eigentlich nutzen wollen, um seine eigene Marke, die durch geschäftliche Misserfolge angeschlagen gewesen sei, wieder in der Öffentlichkeit zu platzieren. Er habe selbst nicht wirklich mit einem Wahlerfolg gerechnet, so O’Sullivan. Entsprechend habe er im Wahlkampf nur für sich selbst gestanden, kaum für Inhalte eines republikanischen Wahlprogramms. Dabei habe er verstärkt den Einsatz sozialer Medien genutzt, seine Veranstaltungen hätten stets Eventcharakter gehabt. Trump sei ein Fernsehstar gewesen, auch durch eine Reality-Show „bekannt wie ein bunter Hund“, beschrieb Donal O’Sullivan. Seine medialen Reichweiten seien immens, politische Inhalte dabei jedoch meist zu vernachlässigen gewesen.

Und doch sei es Trump gelungen, sich als Identifikationsfigur einer großen Bevölkerungsgruppe zu generieren, die sich über Jahrzehnte mehr und mehr vernachlässigt fühle. Dabei handele es sich vornehmlich um weiße Männer aus Teilen der Mittelschicht. Die erlebten einen massiven Statusverlust. Anders als ihre Großeltern-Generation sei es für die meisten von ihnen nicht mehr möglich, allein mit einem Highschool-Abschluss eine Familie zu ernähren.

Wer nicht mindestens ein College mit einem Bachelorzeugnis absolviert habe, drohe, in die Armut abzugleiten. Verantwortlich dafür sei eine Entwicklung, die zu einer immer größeren Schere bei den Gehältern in Unternehmen geführt habe. In den zurückliegenden 40 Jahren seien die Löhne in den unteren und mittleren Lohngruppen um etwa zwölf Prozent angestiegen, die Gehälter von Topmanagern hingegen um rund 940 Prozent. Ein Vorstandsvorsitzender habe schon im Jahr 2007 rund 350mal so viel verdient wie ein Arbeiter.

Zudem nähmen viele Männer aus diesem Segment subjektiv wahr, dass Vertreter*innen von Minderheiten im gesellschaftlichen Ansehen an ihnen vorbeizögen. Das gelte beispielsweise für Menschen aus der afro-amerikanischen Community und auch für Frauen. Die Folgen seien Gefühle von Ohnmacht, Ärger, kultureller Neid und Hass.

Trump, der selbst eigentlich den Kapitalismus auf die Spitze getrieben habe und dabei selbst mehrfach wirtschaftlich bankrott gewesen sei, habe es geschafft, sich als Volkstribun zu präsentieren. Die betreffende Wählerschicht habe ihre Ängste und Forderungen auf ihn projiziert. Das habe Trump angenommen und dabei stets provoziert, gedroht und Menschen offen beleidigt. Die Reaktionen seiner Anhängerschaft seien Applaus und Bewunderung gewesen.

O'Sullivan skizzierte in diesem Zusammenhang ein amerikanisches Werteverständnis, das dem Reichtum grundsätzlich positive Bedeutung beimesse. „Wer reich ist, hat es geschafft“, so die Einschätzung. Die US-amerikanische Gesellschaft sei nicht egalitär, Neid um Reichtum sei nicht üblich, auch gebe es keinen politischen Konsens über Sozialstaat und Gemeinwohl wie in Deutschland.

Viele Menschen in den USA seien indes liberaler eingestellt, als es die Trump-Zeit und politische Eliten vermuten ließen, sagte O'Sullivan. Und so gelte es, die weitere Entwicklung zu beobachten. Insgesamt beschrieb er die Demokratie im Land als geschwächt, weil die republikanische Partei ihren Charakter als Mitte-Rechts-Partei verloren habe. Nach der Ära Trump gebe es hier einen Machtkampf und den Versuch, sich von dem Einfluss des Ex-Präsidenten zu emanzipieren.

Die gegnerische Demokratische Partei hingegen müsse ihrerseits das eigene Profil neu stärken. Zahlreiche ihrer traditionellen Wähler*innen hätten sich von ihr distanziert, weil sie den Strukturwandel in Gegenden des mittleren Westens nach deren De-Industrialisierung nicht ausreichend unterstützt habe. Andere hätten sich abgewandt, weil sie die Öffnung der Partei hin zu größerer gesellschaftlicher Vielfalt nicht nachvollziehen könnten. Hier hätten sich die Demokraten in den vergangenen Jahren mehr als Partei des städtischen Bürgertums denn als Vertreterin

ländlicher Arbeiter*innen etabliert.

Viele aber, die Trump gewählt hätten, sehnten sich nach einer Weiterführung seiner Ansätze, zeigte sich Donal O'Sullivan überzeugt. Möglicherweise werde bei der nächsten Wahl eine Figur „Trump 2.0“ ins Rennen gehen, die ähnliche Ideen aber weniger Angriffsfläche für persönliche Kritik bieten werde. O'Sullivan prognostizierte eine weitere Polarisierung der Gesellschaft. Einen Kurs der Mitte zu verfolgen, werde in der amerikanischen Politik in nächster Zeit schwer.

Autor: Wolfram Scharenberg

Beratung und Hilfe bei Antisemitismus

Wegen des aktuellen Konfliktes zwischen Israel und der palästinensischen Hamas befürchten Beratungsstellen für Antidiskriminierungsarbeit vermehrt antisemitische Vorfälle. Betroffene in Dortmund und aus der gesamten Region Westfalen-Lippe können sich beispielsweise an die neue Beratungsstelle ADIRA wenden. Die Abkürzung steht für "Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus" und ist zugleich ein hebräischer Vorname, der so viel wie „Stärke“ bedeutet. Die Servicestelle in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Dortmund will Betroffenen von Antisemitismus und anderen Diskriminierungsformen den Rücken stärken und ihnen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Kontakt per E-Mail: kontakt@adira-nrw.de oder per Telefon: 0231 55747251

Daneben hilft auch die Opferberatung Back Up. Kontakt per E-Mail: contact@backup-nrw.org und unter Telefon: 0231 95652484

Zudem können antisemitische Vorfälle gemeldet werden an die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS).
Internet: www.report-antisemitism.de

Die Beratungsstellen ADIRA und Back Up sowie die Recherchestelle RIAS sind auch auf Twitter zu finden unter:

@adira_nrw
@BackUpNRW
@Report_Antisem

Stilles Gedenken zum 8. Mai

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat ein Positionspapier unter Ein Gedenken in aller Stille fand an diesem 8. Mai, dem Jahrestag des Kriegsendes und des Endes der nationalsozialistischen

Terrorherrschaft, auf dem Friedensplatz in der Innenstadt statt. Vertreterinnen und Vertreter des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus legten an der Friedenssäule am Friedensplatz einen Kranz nieder. Wegen der aktuellen Pandemielage hatte der Arbeitskreis auf eine Veranstaltung mit größerem Publikum verzichtet.

Dabei wurde an die Ausstellung zum Kriegsende in Dortmund aufmerksam gemacht, die im vergangenen Jahr am Gedenktag präsentiert worden war unter dem Titel: „[75 Jahre Kriegsende: 8. Mai – unsere Verpflichtung](#)“.

Mehr dazu hier (Link zum Beitrag auf der Website - <https://www.dortmund-rechts.de/2021/05/09/8-mai-gedenken-an-kriegsende-1945/>)

Gewerkschaft der Polizei gegen Hass und Gewalt

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat ein Positionspapier unter dem Titel „Demokratie schützen“ veröffentlicht. Darin wendet sie sich gegen Hass, Hetze und Gewalt. Zugleich warnt die GdP vor einer Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses, insbesondere durch politische Mitwirkung der AfD (Alternative für Deutschland) in Parlamenten von Bund und Ländern. Sie bezeichnet die AfD als eine „menschenverachtende Partei“, die sich weder der Demokratie noch der historischen Verantwortung Deutschlands verpflichtet fühle. Die AfD wolle mit Mitteln der Demokratie die Demokratie abschaffen.

Das vollständige Positionspapier der GdP gibt es hier zum Nachlesen (Link: https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/de_positionspapiere_kat)

Wenn Sie diese E-Mail (an: unknown@noemail.com) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus

Jägerstr. 5
44145 Dortmund
Deutschland

0231-8494376
<http://www.dortmund-rechts.de>

